

URGENT ACTION

NATIONALGARDE GEHT GEGEN MIGRANT_INNEN VOR

MEXIKO

UA-Nr: **UA-093/2019** AI-Index: **AMR 43/0626/2019** Datum: **1. Juli 2019** – sd

MIGRANT_INNEN UND MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER_INNEN IN MEXIKO

Sechs Beamt_innen der Nationalgarde versuchten am 23. Juni im mexikanischen Bundesstaat Sonora eine Unterkunft für Migrant_innen zu durchsuchen. Amnesty International beobachtet mit großer Sorge, dass die Rechte von Migrant_innen, Flüchtlingen, Asylsuchenden und Menschenrechtsverteidiger_innen zunehmend missachtet werden seit die Nationalgarde im Kampf gegen irreguläre Grenzübertritte eingesetzt wird. Diese Entwicklung muss dringend gestoppt werden.

Am 23. Juni versuchten sechs Beamt_innen der Nationalgarde das *Centro de Atención al Migrante Exodus (CAME)* in der nordmexikanischen Stadt Agua Prieta an der Grenze zur USA zu durchsuchen – ohne Haftbefehle oder eine andere Rechtsgrundlage. Außerdem schikanierten sie die Menschenrechtsverteidiger_innen, die in der Unterkunft für Migrant_innen arbeiten. Seit US-Präsident Donald Trump im Mai seine Drohung erneuerte, Strafzölle gegen Mexiko zu erheben, verschärft sich die Situation dramatisch.

Am 6. Juni entsandte die Regierung 6.000 Beamt_innen der Nationalgarde an die Südgrenze des Landes, um Migrant_innen und Asylsuchende am Grenzübertritt zu hindern. Lokale Medien berichteten außerdem von 15.000 Angehörigen verschiedener Sicherheitskräfte – einschließlich der Nationalgarde – die an der mexikanischen Nordgrenze zu den USA eingesetzt sind. Sie sollen Geflüchtete daran hindern, die Grenze zu erreichen und zu überqueren.

Die mexikanische Regierung hat offiziell bestätigt, dass die Nationalgarde dazu befugt ist, sowohl an der Süd- als auch an der Nordgrenze Migrant_innen ohne Papiere festzuhalten und dem staatlichen Institut für Migration (INM) zu übergeben. So soll die Zahl der irregulären Grenzübertritte verringert werden.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

US-Präsident Trump kündigte am 30. Mai 2019 an, dass er gegen Mexiko Strafzölle in Höhe von 5 % erheben wolle, sollte das Nachbarland nicht dafür sorgen, dass sich die Zahl der Migrant_innen verringert, die über die Grenze gehen. Seitdem finden bilaterale Verhandlungen statt, die bis heute andauern. Die USA rücken von ihrer Drohung nicht ab, in den kommenden Monaten die Handelszölle zu erhöhen, wenn das Nachbarland nicht stärker gegen die illegale Einwanderung aus Mexiko in die USA vorgeht.

In den Tagen nach der Ankündigung von Präsident Trump haben die mexikanischen Behörden eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, um Migrant_innen und Asylsuchende bereits am Übertritt der mexikanischen Südgrenze zu hindern. Dazu gehört auch eine Massenfestnahme von über 400 Migrant_innen und deren anschließende Abschiebung. Dieses Vorgehen verstößt sowohl gegen mexikanisches Recht als auch gegen das Völkerrecht.

Es ist nicht das erste Mal, dass in Mexiko Menschenrechtsverteidiger_innen aufgrund ihrer Tätigkeit verhört und kriminalisiert werden. Angesichts der zunehmenden Kriminalisierung von Menschenrechtler_innen in den USA, die sich für Migrant_innen einsetzen, besteht Anlass zur Sorge, dass Mexiko dem Beispiel aus dem Nachbarland folgt.

Nach Angaben des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge (UNHCR) kommen Schätzungen zufolge jährlich 400.000 bis 500.000 Menschen ohne offizielle Erlaubnis über die südliche Grenze Mexikos ins Land. Mindestens der Hälfte von ihnen könnte als Flüchtlinge internationaler Schutz zustehen. Viele dieser Menschen kommen aus El Salvador,

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Honduras oder Guatemala – Länder, in denen weltweit die meisten Gewalttaten verübt werden und staatliche Schutzmaßnahmen fehlen.

SCHREIBEN SIE BITTE

TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, die Nationalgarde umgehend von allen Aufgaben im Migrationsbereich zu entbinden. Sorgen Sie für die Gewährleistung sämtlicher Rechte von Migrant_innen und Asylsuchenden auf mexikanischem Staatsgebiet sowie der Menschenrechtsverteidiger_innen, die sich für sie einsetzen.

APPELLE AN

PRÄSIDENT

Andrés Manuel López Obrador
Presidente Constitucional de los Estados Unidos Mexicanos
Palacio Nacional Edificio 10, Planta baja
Colonia Centro, Delegación Cuauhtémoc
CP 06060 Ciudad de México
MEXIKO

Twitter: @lopezobrador_

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN MEXIKANISCHEN STAATEN

S. E. Herrn Rogelio Granguillhome Morfin
Klingelhöferstraße 3
10785 Berlin

Fax: 030-26 93 23 700

E-Mail: mexale@sre.gob.mx

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **15. August 2019** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to order the immediate removal of the National Guard of duties related to migration and to ensure the protection of all rights of migrants and asylum seekers in Mexican territory and of the human rights defenders that keep them safe.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

